

Niederschrift

| Gremium | Sitzung - FG/059(V)/12 | | | |
|--|-------------------------|----------------------------|----------|----------|
| | Wochentag, Datum | Ort | Beginn | Ende |
| Finanz- und Grundstücksausschuss Lenkungsausschuss | Mittwoch, 01.02.2012 | Altes Rathaus Hansesaal | 17:00Uhr | 19:45Uhr |

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.1 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschriften vom 01.12.2011/18.01.2012

Lenkungsausschuss

- 2 Anfragen und Mitteilungen**
BE: BgIII; Bg VI

Finanz- und Grundstücksausschuss

3 Anträge

- 3.1 Minikredite für Magdeburger StartUp A0133/10
(Antrag der FDP Ratsfraktion vom 01.10.2010)
- 3.1.1 Minikredite für Magdeburger StartUp - S0284/10 A0133/10
BE: Dez. III
- 3.2 Erarbeitung der neuen Dachmarke Ottostadt für die LHM A0143/11
(Antrag des RPA vom 07.10.2011)
- 3.2.1 Erarbeitung der neuen Dachmarke Ottostadt für die LHM S0301/11
BE: Dez. III; Team 1; 17:20 Uhr
- 3.3 Erbbaupacht A0139/11
(Antrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! vom 29.09.2011)
- 3.3.1 Erbbaupacht S0296/11
BE: FB 23
- 3.4 Städtepakete für Bürgerreisen A0152/11
(Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.10.2011)
- 3.4.1 Städtepakete für Bürgerreisen S0299/11
BE: BOB

| | | |
|----------|--|------------|
| 3.5 | Marktchancen bei der Liberalisierung von Fernbuslinien sichern (Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 07.09.2011) | A0121/11 |
| 3.5.1 | Marktchancen bei der Liberalisierung von Fernbuslinien sichern BE: Amt 61 | S0274/11 |
| 3.6 | Onlinebeantragung von Bewohnerparkausweisen prüfen (Antrag der FDP-Ratsfraktion vom 02.11.2011) | A0155/11 |
| 3.6.1 | Onlinebeantragung von Bewohnerparkausweisen prüfen BE Amt 66 | S0287/11 |
| 3.7 | Sanierung der Schule Bodestraße (Antrag der Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future! vom 04.11.2011) | A0160/11 |
| 3.7.1 | Sanierung der Schule Bodestraße (Änderungsantrag der Fraktion CDU/BfM vom 15.11.2011) | A0160/11/1 |
| 3.7.2 | Sanierung der Schule Bodestraße BE: FB 40; 17:55 Uhr | S0294/11 |
| 4 | Anfragen und Mitteilungen | |

Anwesend:

Vorsitzender

Stern, Reinhard

Mitglieder des Gremiums

Nordmann, Sven

Rösler, Jens

Wendenkampf, Oliver A.

Hoffmann, Michael, ab 17.25 Uhr

Schoenberner, Hilmar

Bock, Andreas Dr.

Schuster, Hans-Jörg, ab 17.15 Uhr

Vertreter

Theile, Frank

Geschäftsführung

Synakewicz, Birgit

Verwaltung

Herr Zimmermann, Bg II

Herr Nitsche, Bg III

Herr Dr. Scheidemann, Bg VI

Herr Erxleben, FB 02

Herr Koch, Dez. II/01

Frau Brennecke, Dez. II/01

Herr Böttcher, Dez. III

Herr Klaffehn, Dez. III

Herr Scheel, Amt 66

Herr Zachert, BOB

Frau Gareis, FB 23

Gäste

Frau Scheer, PWC

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Stern eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 Stadträte anwesend. Frau Meinecke wird von Herrn Theile vertreten.

1.1. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung öffentlicher Teil wird mit 7 – 0 – 0 bestätigt.

1.2. Genehmigung der Niederschriften vom 01.12.2011/18.01.2012

Die Niederschrift der FG – Sitzung vom 01.12.2011 wird mit 6 – 0 – 1 bestätigt.

Der öffentliche Teil der Niederschrift der FG – Sitzung vom 18.01.2012 wird mit 5 – 0 – 2 bestätigt.

Lenkungsausschuss

2. Anfragen und Mitteilungen

Herr Dr. Scheidemann informiert die Anwesenden über die aktuelle Lage im Entwicklungsgebiet Rothensee Zone I und Zone IV. Dabei macht er einige ergänzende Erläuterungen zur später im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorliegenden Drucksache zum Grundstücksverkauf im Entwicklungsbereich. Des Weiteren stellt er fest, dass die Baumaßnahmen der Fa. Gunz zügig voranschreiten. Im Bereich der Zone IV laufen nach wie vor Abstimmungsgespräche zwischen den Mühlenwerken und den Bauherren des Reichseinheitsspeichers. Derzeit läuft alles planmäßig. Außerdem sind weitere Grundstücksveräußerungen in Sicht, so z. B. das Kraftwerk A u. a.. Abschließend informiert **Herr Dr. Scheidemann** über eine am 08. März 2012 stattfindende Veranstaltung über das Entwicklungsgebiet, mit Planungsdezernenten aus den Ländern Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

Mit Blick auf die bereits zur Sitzung am 18.01.2012 bereitgestellte Information zu aktuellen Umschuldungen im Entwicklungsgebiet, bittet **Herr Dr. Scheidemann** heute nochmals um entsprechende Kenntnisnahme.

(Anmerkung: Umschuldungsinformation – Anlage zum heutigen Protokoll)

Finanz- und Grundstücksausschuss

3. Anträge

3.1. Minikredite für Magdeburger StartUp A0133/10

3.1.1. Minikredite für Magdeburger StartUp S0284/10

Herr Nitsche macht einige ergänzende Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung. Fazit ist, dass keine tatsächliche Notwendigkeit zur Vergabe derartiger Kredite gesehen wird, zumal sich angesprochene Geldinstitute ablehnend geäußert haben. Für die Landeshauptstadt Magdeburg würde dies zu einem übergroßen Arbeitsaufwand führen, der mindestens eine zusätzliche Personalstelle nach sich ziehen würde. Im Übrigen hat sich der Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik mit 0 – 4 – 2 gegen den Antrag ausgesprochen.

Es kommt ohne weitere Diskussion zur Abstimmung.

Die Stellungnahme S0284/10 wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag A0133/11 wird dem Stadtrat mit 0 – 7 – 0 nicht zur Beschlussfassung empfohlen.

| | | |
|--------|---|----------|
| 3.2. | Erarbeitung der neuen Dachmarke Ottostadt für die LHM | A0143/11 |
| 3.2.1. | Erarbeitung der neuen Dachmarke Ottostadt für die LHM | S0301/11 |

Herr Schuster erscheint gegen 17.15 Uhr zur Sitzung.

Herr Schoenberner informiert die Anwesenden über die gestrige Sitzung des Ausschusses für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling und die dort zum Antrag gemachten Ausführungen. Der Punkt 1 des Antrages ist hinfällig, da aufgrund fehlender Sponsoren bereits die geplanten einzuwerbenden Mittel im Haushalt gestrichen wurden. Zum Punkt 2 erfolgte seitens des Ausschusses eine Empfehlung zur Beschlussfassung an den Stadtrat mit einem Abstimmungsergebnis von 5 – 0 – 1.

Zum Punkt 2 des Antrages und mit Blick auf die vorgelegte Stellungnahme der Verwaltung macht **Herr Nitsche** einige ergänzende Ausführungen. Dabei erläutert er die Verbuchung von dachmarkenbedingten sowie allgemeinen Aufwendungen im Dezernat III.

Herr Böttcher ergänzt, dass aber letztlich alle Posten des Ottostadtbudgets detailliert aufgelistet werden können.

Herr Stern fragt nach der Benennung des Produktes und die entsprechende Zuordnung des Aufwandes.

Herr Nitsche stellt fest, dass im Dez. III insgesamt nur 3 Produkte existieren und zwar 1. Wirtschaftsförderung, 2. Tourismus und 3. Bestandsbetreuung. Die Dachmarke „Ottostadt“ ist Inhalt der Wirtschaftsförderung.

Herr Nitsche sagt die Vorlage einer aktuellen Auflistung in den nächsten 4 Wochen zu. Es kommt zur Abstimmung.

Die Stellungnahme S0301/11 wird zur Kenntnis genommen.

Der Antragspunkt 1 des Antrages A0143/11 ist erledigt.

Der Antragspunkt 2 des Antrages A0143/11 wird dem Stadtrat mit 6 – 0 – 2 zur Beschlussfassung empfohlen.

| | | |
|--------|-------------|----------|
| 3.3. | Erbbaupacht | A0139/11 |
| 3.3.1. | Erbbaupacht | S0296/11 |

Herr Rösler bringt den Antrag ein und begründet ihn. Dabei führt er aus, dass Grundstücke auf lange Sicht in der Hand der Stadt bleiben sollten. Bei der Erbbaupachtvariante wäre ggf. Einfluss auf den Pächter möglich oder ein späterer Zugriff auf das Grundstück. Mit dem Wort „grundsätzlich“ soll gesagt werden, dass nicht in allen Fällen so verfahren werden muss.

Herr Zimmermann macht umfangreiche ergänzende Ausführungen zur vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung. Dabei stellt er fest, dass die geforderte Verfahrensweise wirtschaftlich nicht förderlich ist. Es könnten Industrieansiedlungen ebenso wie der Eigenheimbau blockiert werden. Außerdem werden mögliche Interessenten in das Umland „vertrieben“. Der Aufwand in der Verwaltung, besonders im Fachbereich Liegenschaftsservice, steigt.

Herr Stern findet den Antrag interessant, gibt aber zu bedenken, dass ein Erbbaupachtvertrag mit einer Laufzeit von 99 Jahren sehr teuer werden kann. Er schlägt daher vor, dass die Verwaltung immer bei Veräußerung vorher die Möglichkeit der Erbbaupacht prüfen sollte.

Herr Schuster spricht sich prinzipiell gegen den Antrag aus, weil er zum einen für die Eigentumsbildung ist und zum anderen könnte die LH MD auf verschiedenen Grundstücken „sitzenbleiben“.

Herr Hoffmann erscheint gegen 17.25 Uhr zur Sitzung.

Herr Theile teilt die Auffassung von **Herrn Schuster** nicht. Er stellt sich im Ergebnis eine nachhaltige Wertschöpfung an kommunalem Eigentum für die LH MD vor. Allerdings wünscht er sich im Antrag Alternativen, d. h. neben der Prüfung sollte eine ausführliche Begründung der Entscheidung erfolgen.

Herr Nordmann merkt an, dass es sich vorrangig um einen Prüfauftrag handelt, um das Grundvermögen der LH MD zu erhalten und nicht das gesamte „Tafelsilber“ zu veräußern.

Herr Hoffmann gibt zu bedenken, dass sich die Beschlussfassung nachteilig für die LH MD auswirken kann, denn Bauwillige werden „verscheucht“. Dabei bittet er nochmals die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen.

Frau Gareis bestätigt diese Aussage und stellt fest, dass kein Bedarf für Erbbaupacht besteht. Sie stellt anhand einer Beispielrechnung dar, dass bei einer Finanzierung des Kaufpreises und einer 2%igen Tilgung die Käufer nach 27 Jahren und bei einer 1%igen Tilgung nach 38 Jahren schuldenfrei sind, wobei bei einem Erbbaurecht 99 Jahre gezahlt werden müsste. Bei bisher abgeschlossenen Erbbaupachtverträgen wurde ein späteres Ankaufsrecht eingeräumt, welches gerade in letzter Zeit genutzt wurde. Für das Angebot von Gewerbeimmobilien z. Bsp. Sonderimmobilien wie Mischanlagen o.ä. hält sie ein mögliches Erbbaurecht sogar für schädlich, da diese schwer zu vermarkten sind.

Herr Zimmermann macht nochmals auf die Stellungnahme der Verwaltung aufmerksam und bekundet seine ablehnende Haltung zum Antrag. Er verweist auf § 105 der GO LSA. Die Vermögensgegenstände, die nicht zur Erfüllung der städtischen Aufgaben gebraucht werden, können veräußert werden. Gleichzeitig stellt er fest, dass die Aktiva Seite der Bilanz durch die Grundstücksverkäufe nicht geschwächt wird. Durch die Erbbaupacht hingegen entstehen Mehraufwendungen bei der Begleitung.

Herr Rösler wünscht sich aber den Erhalt von Kapital und spricht daher nochmals für die Erbbaupacht anstelle von Verkauf aus.

Herr Zimmermann stellt klar, dass dies nicht zur Minderung führt, denn dem Abgang von Grundstücken stehen Verkaufserlöse gegenüber.

Herr Rösler möchte den Antrag ändern, indem das Wort „grundsätzlich“ durch „vorrangig“ ersetzt wird und der Passus „nach qualifizierter Prüfung“ eingefügt wird.

Dem kann **Herr Stern** nicht zustimmen. Er möchte aber, dass der LH MD das Recht der Prüfung vorbehalten bleibt.

Herr Bock bekundet seine Ablehnung zum Antrag, da er für die LH MD nicht sinnvoll wäre, auch die von **Herrn Rösler** vorgeschlagene Änderung macht seiner Ansicht nach keinen Sinn.

Herr Schuster unterstützt die Aussage von **Herrn Bock**.

Herr Theile spricht sich für eine grundsätzliche Verfahrensweise aus, auch wenn Erbbaupacht zurzeit nicht attraktiv ist. Zukünftig sollte sich die LH MD aber die Option offen lassen.

Herr Stern sagt, dass die LH MD weiterhin Grundstücke veräußern wird, aber er könnte sich vorstellen, dass der FG und ggf. andere Ausschüsse das Recht der endgültigen Entscheidung vorbehalten bleibt.

Dies lehnt **Herr Hoffmann**, mit Blick auf den Kompetenzrahmen des Verwaltungshandeln sowie der Praxistauglichkeit ab.

Herr Nitsche gibt zudem zu bedenken, dass bei bspw. Nichteigentum keinerlei Fördermittelbereitstellung erfolgt.

Herr Rösler zieht seinen Kompromissvorschlag zur Änderung des Antrages zurück und erbittet die Abstimmung zum Antrag in vorliegender Form.

Die Stellungnahme S0296/11 wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag A0139/11 wird dem Stadtrat mit 3 – 4 – 2 nicht zur Beschlussfassung empfohlen.

| | | |
|--------|-------------------------------|----------|
| 3.4. | Städtepakete für Bürgerreisen | A0152/11 |
| 3.4.1. | Städtepakete für Bürgerreisen | S0299/11 |

Herr Theile bringt den Antrag ein und bedankt sich gleichzeitig für die positive Stellungnahme.

Herr Zachert berichtet vom Interesse bei den Bürgern und begrüßt die Schaffung entsprechender Möglichkeiten.

Herr Stern sieht hier keine Pflichtaufgabe der Stadt und stellt sich die Gewinnung Magdeburger Reisebüros für die Umsetzung vor. Dabei sollte die MMKT die Organisation übernehmen und die Reisebüros die Gestaltung.

Herr Nitsche hält die Einschaltung der MMKT für unverzichtbar, da diese über den entsprechenden Blickwinkel für die Partnerstädte verfügt. Die MMKT sollte die Federführung übernehmen und speziellen Einfluss auf das Programm der Reisen, wie z. B. einen Empfang in der jeweiligen Stadt, haben. Das individuelle Programm organisiert dann der Reiseveranstalter. **Herr Theile** stellt mit Blick auf **Herrn Sterns** Aussage klar, dass die LH MD nicht als Sponsor auftreten soll, sondern hier lediglich eine Bündelung der Interessenlagen erfolgen soll.

Die Stellungnahme S0299/11 wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag A0152/11 wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.

3.5. Marktchancen bei der Liberalisierung von Fernbuslinien sichern A0121/11

3.5.1. Marktchancen bei der Liberalisierung von Fernbuslinien sichern S0274/11

Herr Schuster bringt den Antrag ein und macht einige ergänzende Erläuterungen. So stellt er fest, dass Intention des Antrages ist, dass sich die MVB/Marego einbringen sollten, um diesen Bedarf im Umlandkreis abzudecken.

Ein Vertreter des Amtes 61 legt dar, dass die MVB unter Berücksichtigung des Investitionsbedarfs und der Personalressourcen dem Antrag ablehnend gegenübersteht.

In der kurzen Diskussion kommt Überraschung und Ablehnung zur Intention des Antrages zum Ausdruck. Mit Blick auf die objektiven Möglichkeiten stehen die Anwesenden dem Antrag ablehnend gegenüber.

Die Stellungnahme S0274/11 wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag A0121/11 wird dem Stadtrat mit 1 – 8 – 0 nicht zur Beschlussfassung empfohlen.

3.6. Onlinebeantragung von Bewohnerparkausweisen prüfen A0155/11

3.6.1. Onlinebeantragung von Bewohnerparkausweisen prüfen S0287/11

Herr Schuster bringt den Antrag ein und begründet ihn mit dem Ziel den Verwaltungsaufwand zu minimieren.

Herr Scheel hält den Antrag für bedenklich und kompliziert. Trotz mehrerer eingeholter Angebote ist kein Anbieter in der Lage ohne Einschränkungen die Anforderungen zu leisten. Außerdem ist das Verhältnis Antragsteller und vorhandene Parkplätze 1 : 3.

Bezug nehmend auf die vorliegende Stellungnahme erbittet **Herr Stern** bis zur kommenden Stadtratssitzung um Nachlieferung eines Planes mit der Darstellung der einzelnen Parkgebiete.

Herr Wendenkampf findet den Antrag bürgerunfreundlich, da nicht jeder über einen Internetzugang verfügt.

Herr Schuster erscheint die Stellungnahme zu kurz und betrachtet den Vorbehalt gegen die elektronische Beantragung, auch mit Verweis auf die Stadt Köln und deren Erfahrungen, als unbegründet.

Herr Scheel versucht nochmals mit Argumenten, wie bspw. fremde Kennzeichen, Losverfahren und weiteren Unwägbarkeiten zu erläutern, warum der Antrag verwaltungsseitig nicht umsetzbar ist. Zudem führt er aus, dass bei dem elektronischen Antragsverfahren wie bspw. in Köln seiner Meinung nach ebenfalls Mitarbeiter im Hintergrund agieren müssen. Die elektronischen Antragsverfahren können folglich nur unterstützen und somit kein neues elektronisches Verfahren zur Antragstellung darstellen.

Die Stellungnahme S0287/11 wird zur Kenntnis genommen.

Der Antrag A0155/11 wird dem Stadtrat mit 1 – 3 – 5 nicht zur Beschlussfassung empfohlen.

| | | |
|--------|---------------------------------|------------|
| 3.7. | Sanierung der Schule Bodestraße | A0160/11 |
| 3.7.1. | Sanierung der Schule Bodestraße | A0160/11/1 |
| 3.7.2. | Sanierung der Schule Bodestraße | S0294/11 |

Herr Rösler bringt den Antrag ein.

Ein Vertreter des FB 40 stellt klar, dass die Kapazitäten für eine Grundschule im Bereich Lemsdorf auskömmlich sind. Allerdings würde sich das Schulgebäude in der Bodestraße bei Schließung der berufsbildenden Schule in der Schilfbreite als Objekt anbieten.

Herr Hoffmann sieht eine mögliche Sanierung aber nur mit dem STARK III Programm, ansonsten muss der Standort Schilfbreite erhalten bleiben.

Es kommt ohne weitere Diskussion zur Abstimmung.

Die Stellungnahme S0294/11 wird zur Kenntnis genommen.

Der Änderungsantrag A0160/11/1 wird dem Stadtrat mit 7 – 0 – 2 zur Beschlussfassung empfohlen.

Der Antrag A0160/11 wird dem Stadtrat mit 7 – 0 – 2 zur Beschlussfassung empfohlen.

4. Anfragen und Mitteilungen

Es gab keine Anfragen und Mitteilungen im öffentlichen Teil der Sitzung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der Sitzung am 29.02.2012.

Reinhard Stern
Vorsitzender

Birgit Synakewicz
Schriftführerin